attac Ulm-Rundbrief

Juni 2004

Bestellen kann man den Rundbrief über ***www.attac.de/ulm***

Inhalt

---

1 - Aktuell: SWU-Privatisierung
2 - Die unendliche Geschichtes des Cross-Border-Leasings in Ulm
3 - Wie geht es weiter nach den Protesten am 3.April:
    Herbstkampagne '04
4 - Wahlprüfsteine in Ulm und um Ulm herum (EU)
5 - Sonstiges

1 - Aktuell: SWU-Privatisierung

Inzwischen lichtet sich der Nebel um die geplante Privatisierung der SWU. Neben der bereits im letzten Rundbrief dargestellten SWU-Energie-Privatisierung mit einem Volumen VON mehr als 90 Mio. Euro, will der Gemeinderat auch die SWU-Verkehr GmbH privatisieren. Nachdem bei der SWU-Energie GmbH der weltweit größte private Energieversorger E.ON (über seine Tochter THÜGA) einsteigen will, soll dies bei der SWU-Verkehr GmbH wohl der Monopolist Deutsche Bahn AG (in Form der Tochter RAB) sein.
Und da die Stadt Ulm schon viel Geld (ca 1,5 Mio Euro) in die - vom Kartellamt dann doch wegen drohendem Monopols verbotene - Partnerschaft mit der Thüga gesteckt hatte, läuft nun zuerst eine Voranfrage an das Kartellamt wegen Bedenken bezüglich des 'strategischen Partners' RAB.
Dabei gibt es genug negative Erfahrungen mit Privatisierungen dieser Art (Beispiele: Gebührensteigerungen für Wasser in Potsdam in 2 Jahren um 100% , Rostock: in 7 Jahren um 300%, in Großbritannien stieg die Zahl der Hepatitis-A-Fälle um 200 %, ...). Doch nicht nur Preissteigerungen und Qualitätsverluste sind die Folge von Privatisierungen, insbesondere das Dienstleistungsabkommen GATS der Welthandelsorganisation und auch die neue EU-Richtlinie zum Binnenmarkt bedrohen eine teilprivatisierte SWU!

Attac Ulm fordert die Gemeideräte deshalb auf, diese geplanten Privatisierungen sofort zu stoppen. Parallel bereiten wir nun eine Informationskampagne dazu vor; die Bündnisgespräche mit namhaften (Ulmer) Organisationen hierzu verliefen sehr erfreulich. Dazu gibt es jetzt von der GATS-AG eine komplett überarbeitete Seite mit

allen wichtigen Informationen, Hintergrundmaterial und neuerdings auch einem Powerpoint-Vortrag zur SWU-Privatisierung auf unserer Internetpräsenz www.attac.de/ulm.

2 - Die unendliche Geschichte des Cross-Border-Leasings in Ulm - 'Risikomanagement in Zeiten überraschender Entwicklungen'

Vor einem Jahr verabschiedete der Ulmer Gemeiderat den letzten Cross-Border-Leasing Vertrag. Mit ihm sollte das Ulmer Abwassernetz an einen amerikanischen Investor für 99 Jahre vermietet und gleich wieder zurückgeleast werden. Ziel dieser dubiosen Finanztrickserei war die Erzielung eines Steuervorteils in Amerika, dieser sollte für die Stadt Ulm einen zweifelhaften Geldsegen von ca. 7 Millionen Euro bringen (unübersehbare Parallelen zur SWU-Privatisierung : Veräußern von städtischem Eigentum um kurzfristig Haushaltslöcher zu stopfen).
Leider scheinen sich die Befürchtungen - bei einer Laufzeit von rechnerisch 99 Jahren - schon bereits nach einem Jahr zu bewahrheiten:
Der amerikanische Senat hat CBL-Geschäfte jetzt verboten ! Die gesetzlichen Regelungen gelten rückwirkend, dies bedeutet laut Due Finance einer der renommiertesten deutschen CBL-Makler, die wohl auch am Ulmer Vertrag beteiligt waren, daß Investoren aus den Altverträgen ab 2005 keine Steuervorteile mehr ziehen können.
Weiter heißt es auf der Due Finance Homepage: 'Für deutsche Leasingnehmer würde sich [beim erfolgten Inkrafttreten] die Frage stellen, ob die amerikanischen Vertragspartner gute Verlierer sind und wie mit grenzüberschreitenden Verträgen zu verfahren ist, die der Gegenseite nicht die erhofften steuerlichen Vorteile verschaffen. Bitte sprechen Sie uns an, um den sachgerechten Handlungsbedarf zu erörtern.'

Handlungsbedarf?

Wenn die Investoren ihre erwarteten Steuervorteile nicht bekommen, werden sie alles versuchen, um vorzeitig aus den Verträgen auszusteigen und Schadenersatz geltend zu machen. Eine Kündigung der Verträge, die eigentlich auf eine Laufzeit von mindestens 30 Jahren angelegt sind, ist zum Beispiel möglich, wenn der Kommune ein Verstoß gegen vertragliche Pflichten nachgewiesen wird.
Muß die Stadt Ulm bereits nach einem Jahr 'Risikomanagement in Zeiten überraschender Entwicklungen' (Due Finance) betreiben, wo es sich doch laut GR-Mitglied Herrn Rivoir (SPD) um 'fast risikolose Finanzgeschäfte' handelt? Nach trügerischer Ruhe kommen jetzt also auf die Stadt Ulm die ersten Probleme zu - alte Probleme die bereits vor dem Abschluß bekannt waren, und die unter Anderem auf www.attac.de/ulm nachzulesen sind.
Damit die Öffentlichkeit erfährt, wie groß dieses Risiko wirklich ist, fordert Attac die Offenlegung der Verträge. Der Text der

englischen Vertragswerke, die meist mehr als 1000 Seiten enthalten, ist bisher nicht einmal den kommunalen Parlamenten bekannt.

3 - Wie geht es weiter nach den Protesten am 3. April: Herbstkampagne '04

Die Großdemonstrationen am 3. April 2004 waren ein voller Erfolg, der jedoch nicht verpuffen darf. Politiker der Regierung und Opposition zeigten sich zwar beeindruckt, betonen aber, daß sie an ihrem grundsätzlichen Kurs festhalten wollen. Diese Kampagne ist Bestandteil einer langfristigen Auseinandersetzung, ob und in welcher Weise unsere Grundinteressen auf ausreichende Löhne und Sozialleistungen durchgesetzt werden können. Diese Frage stellt sich weltweit. Auch Attac fordert die Rücknahme der Agenda 2010, den Stop des Sozial-, Bildungs- und Lohnabbau statt ihn 'sozialverträglich' mitzugestalten.
Die Herbstkampagne '04 hat das deshalb das Ziel, die Bundesregierung mit konkreten Forderungen zu konfrontieren :

- Reichtum besteuern! Die Rücknahme der Gewinnsteuersenkungen, keine weitere Absenkung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer und Wiedereinführung einer Vermögenssteuer!

- Weg mit Hartz IV: Keine Zumutbarkeitsverschärfungen für Arbeitslose und Beibehaltung der Arbeitslosenhilfe. Statt dessen gesetzlicher Mindestlohn und Existenz sicherndes Grundeinkommen.

- Weg mit den Praxisgebühren und Zuzahlungen bei der Gesundheitsreform, keine Ausgliederung von Krankengeld und Zahnersatz/Zahnbehandlung aus der Krankenversicherung.

- Rentenkürzungen stoppen: Keine weitere Verschlechterung der gesetzlichen Altersversorgung. Statt dessen eine einheitliche gesetzliche Krankenversicherung, in die alle für alle einzahlen (Aufhebung von Beitragsbemessungs- und Pflichversicherungsgrenzen)
- Schluss mit Privatisierung ! Statt dessen öffentliche Daseinsvorsorge und Bildung für alle verbessern.

Auch wir in Ulm beteiligen uns an dieser Herbstkampagne, zum Beispiel mit der oben erwähnten SWU-Kampagne oder auch dem Vortrag zu Verteilungsfragen, den die Attac-Bundesgeschäftsführerin Sabine Leidig am 12.10 in der Volkshochschule Ulm halten wird.

4 - Wahlprüfsteine in Ulm und um Ulm herum (EU)

Die Bilanz der Wahlprüfstein-Aktion macht uns von Attac Ulm und INUlm halbwegs zufrieden.12 Antworten bei 112 angeschriebenen Gemeinderats-Kandidaten lag zwar im Bereich unserer Erwartungen, allerdings ist dies keine gute Werbung für die Kandidaten. Denn zum Beispiel die lieblose Sammelantwort der SPD-Fraktion, die von Herr Rivoir alleine ausgefüllt wurde, lässt wenig Raum für Minderheitenmeinungen die es auch in der SPD sicher gibt. Entsetzt konnte man über die Diskrepanz zwischen den Antworten und dem tatsächlichen Abstimmungsverhalten mancher Befragter im Gemeinderat sein: Zwar äußern sich fast alle Angeschriebenen gegen Privatisierungen, doch die Realität im Gemeinderat sieht anders aus. Ein Lob hingegen haben sich die Grünen verdient: Sie haben jede Frage präzise ausformuliert beantwortet. Auch waren sie die einzigen gewesen, die einen Fehler entdeckten, während die anderen sich nur über die Polemik ereiferten. Wer die kompletten Antworten nochmal durchlesen will, findet sie unter www.attac.de/ulm.

Von 277 angeschriebenen deutschen EU-Parlament-KandidatInnen füllten 37 den Fragebogen individuell aus; CDU und SPD schickten zudem eine pauschale Antwort für alle bisherigen EU-Abgeordneten. "Dieser Rücklauf zeigt, dass viele potenzielle Abgeordnete zum Thema Welthandel nichts zu sagen haben", kommentierte Oliver Moldenhauer von der Attac-AG Welthandel. Im Mittelpunkt der europaweit verschickten Fragen standen Themen wie Agrarsubventionen und Dumping der EU, die Verantwortlichkeit transnationaler Konzerne, die WTO-Klage um gentechnisch veränderte Organismen, das Dienstleistungsabkommen GATS oder die Transparenz im Vorgehen der EU-Handelskommission. Bei den Antworten zeigte sich bei PDS und Grünen eine fast einhellige Unterstützung für die Attac- Forderungen nach einer gerechten, ökologisch verträglichen und demokratischen Handelspolitik. Während sich einzelne SPD-KandidatInnen ebenfalls überwiegend zustimmend äußerten, vermied die Sammel-Antwort der Fraktion konkrete Antworten und lieferte stattdessen allgemeinere Erklärungen, wie etwa bei der Trinkwasserversorgung und beim Investitionsschutzabkommen, die im Widerspruch zu den Attac-Forderungen stehen. Überhaupt nicht einverstanden ist Attac mit der Auffassung der SPD, daß das bestehende WTO-Verhandlungsmandat der EU nicht geändert werden solle. Die Union wich in ihrer gemeinsamen Antwort ebenfalls vielen Fragen aus und äußerte in anderen - etwa bei Gentechnik oder GATS - klaren Widerspruch. Einzelne Kandidaten äußerten sich deutlich positiver. Extrem widersprüchlich waren die Rückmeldungen der FDP, die von völliger Zustimmung bis kompletter Ablehnung reichten.

5 - Sonstiges

Laut der Antifaschistischen Aktion Ulm/Neu-Ulm (www.ulm.antifa.de) findet diesen Samstag, 26.06 auf dem Petrusplatz in Neu-Ulm ein NPD- bzw. Neonazi-Aufmarsch mit em Motto ""GLOBALISIERUNG STOPPEN - DEUTSCHLAND ZUERST !!!" statt. eplanter Start ist 16.30h. Schon ab 15.00h sollen sich jedoch alle infinden, die dagegen protestieren möchten.
Das weltweite Attac-Netzwerk, daß sich für gerechtere, menschenwürdige Lebensverhältnisse für alle Menschen einsetzt, hat keinen Platz für Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Chauvinismus und verwandte Ideologien wie sie von NPD und Neonazis vertreten werden. Wir wehren uns gegen die falsche Interpretation von rechts! Aus diesem Grund wird sich attac Ulm mit einem Stand und Transparent auf dem Petrusplatz ab 15h an dem Protest dagegen beteiligen.

Unser nächsten Treffen im Plenum finden am 28.06.2004 und dann am 12.07.2004 statt. Jeweils um 20h im Seminarraum, der am Anschlagsbrett im Eingangsbereich angegeben ist, im Einsteinhaus der Volkshochschule Ulm. Dazu ist jeder Interessierte herzlich eingeladen. Für weitergehende Informationen und unsere regelmäßigen Treffen sei hier auch wieder auf unsere Internetpräsenz www.attac.de/ulm hingewiesen.

Dieser Rundbrief geht aktuell an 137 Leser. Bitte schreibt weitere Fragen, Anregungen, Termine und Verbesserungen an unsere neue eMail-Adresse : info.ulm@attac.de